

Nachschlagewerk: 60 Jahre europäische Sicherheitspolitik auf über 380 Seiten akribisch aufgearbeitet, mit 1602 (!) Fußnoten. Damit trägt der Autor dazu bei, in der wissenschaftlichen Literatur eine Lücke – hinsichtlich einer umfassenden Darstellung der ESVP – zu schließen. Er läßt nahezu kein relevantes Thema aus und schildert präzise den Verlauf des Integrationsprozesses der Europäischen Sicherheitspolitik.

Dabei kommen auch die aktuelleren und bedeutenden Verträge und Abkommen nicht zu kurz: vom Vertrag von Maastricht (1992) – oft als „Geburtsstunde“ der GASP bezeichnet, bis hin zum Kampf der EU gegen den Terrorismus und zur Verfassungsdebatte. Hinzuweisen ist auch auf die zusammenfassenden Darstellungen der Präsidentschaften der EU von Mitte 2004 bis zum Ende der österreichischen Präsidentschaft Mitte 2006. Dies ist deshalb hervorzuheben, weil trotz aller gegenteiligen Rhetorik einige Präsidentschaften die Integration der ESVP deutlich vorantrieben: etwa durch die Ausarbeitung des Zivilen Planzieles (*Civilian Headline Goal*) oder die des *battle group*-Konzeptes. Hervorzuheben sind auch die Darstellungen der Abläufe politischer Prozesse im Rahmen der ESVP, etwa im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK). Damit kommt der Autor auch einer ureigenen Aufgabe der Politikwissenschaft nach: der Darstellung von Entscheidungsprozessen.

Abschließend ist dem Autor des Vorworts Heribert Franz Köck zuzustimmen, Kerschbaumers Übersichtswerk mache deutlich, daß die Europäische Sicherheitspolitik „unter durchaus widersprüchlichen Interessen gelitten hat und immer noch leidet, welche die im gemeinsamen Ziel des Gemeinwohls – Frieden, Freiheit und Wohlfahrt – durchaus einigen Mitgliedsstaaten bei der Einschätzung der dafür zweckmäßigsten Mittel trennt“. Widerspruch

kennzeichnet ebenso die wissenschaftliche Forschung zur ESVP, der teilweise auch in Kerschbaumers Werk anklingt.

Dem Buch wäre ein gründlicheres Lektorat zu wünschen gewesen, gerade angesichts der beinahe „überausführlichen“ Belege und der dadurch entstandenen großen Anzahl an Fußnoten. Noch mehr hätte die Publikation von einem Register profitiert. Der Wert des Buchs wird dadurch jedoch nicht geschmälert. Durch die ausführliche Aufarbeitung des Themas ist es Kerschbaumer gelungen, einen Schritt in Richtung Standardwerk zu gehen – und es bleibt ihm zu wünschen, daß es in der akademischen Welt auch als solches angenommen wird.

Jodok Troy

*Zwangsmigration und Vertreibung. Europa im 20. Jahrhundert.* Hg. v. Anja KRUIKE. Bonn: Dietz 2006. 240 S. Br. 24,-.

Zwangsmigrationen und Vertreibungen stellen nicht nur für die flüchtenden Personen selbst ungeheure Katastrophen dar, sondern hinterlassen auch lange nachwirkende kollektive Traumata. Noch heute belasten die erzwungenen Bevölkerungsverschiebungen in Mittel- und Osteuropa von 1939 bis 1948 trotz vieler Versöhnungsgesten die Beziehungen zwischen Volksgruppen und Nachbarstaaten. Man denke an den gereizten bis feindseligen Ton der Kontroversen über das vom Bund der Vertriebenen propagierte „Zentrum gegen Vertreibungen“, die Beneš-Dekrete, oder daran, daß sich die Tschechische Republik an dem von den Kulturministern Polens, Deutschlands, Ungarns und der Slowakei initiierten „Europäischen Netzwerk, Erinnerung und Solidarität“ nicht beteiligte und die Kaczyński-Brüder dieses Netzwerk (mit Sitz in Warschau) bei ihrem Regierungsbeginn auf Eis legten.

Ein solches „Europäisches Netzwerk: Zwangsmigrationen und Vertreibungen im 20. Jahrhundert“ hatten in einer – dann als Grundlage der Regierungsverhandlungen dienenden – „Bonner Erklärung“ 26 namhafte internationale Historiker als Frucht einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung im März 2004 veranstalteten Konferenz gefordert. Die dort gehaltenen Vorträge samt der Bonner Erklärung und einer die politischen Kontexte der neueren Vertreibungsdebatte gut ausleuchtenden Einleitung hat Anja Kruke nun veröffentlicht. Anliegen des Konferenz-, Netzwerk- und Buchprojekts ist es, durch eine gegenseitige „Bezugnahme“ (28) bislang meist nationaler Vertreibungserzählungen zu einer „Europäisierung der Erinnerungskultur“ (29) zu gelangen, die dem Gedenken der „Opfer gerecht werden und gleichzeitig der europäischen Aussöhnung dienen“ könnte (12).

Weil Vertreibungszusammenhänge „buchstäblich grenzüberschreitend“ waren, versagten hier „die Narrative der Nationalhistoriographie“ (59). Die erst in Umrissen skizzierbare „Europäisierung der Erinnerungskultur“ ziele jedoch keineswegs auf das Verschwinden nationaler Darstellungen, denn dabei könnten „die konkreten Kontexte verwischt und die nationalen Verantwortlichkeiten ... entsorgt werden“ (60). Es gehe vielmehr um die „Erweiterung des Wissens um die Erfahrungen anderer und vor allem eine Anerkennung der Erfahrungen anderer“, um brisante Prozesse also, die vielfach „mit Schmerzen verbunden“ seien (29).

Im Band sind Beiträge unterschiedlicher Genres, Themenstellungen und regionaler Bezüge abgedruckt: Etliche Autoren (Bernd Faulenbach, Stefan Troebst, Karl Schlögel, Heidemarie Uhl, Peter Haslinger) diskutieren ausdrücklich die genannte europäische Perspektive der Erinnerung an Zwangsmigrationen; andere nehmen Stel-

lung aus Sicht ihres jeweiligen Landes, nämlich Frankreichs (Thomas Serrier), Polens (Pawel Machcewicz), Tschechiens (Tomáš Kafka), der Slowakei (Miroslav Kusý, Edita Ivaničková) und Ungarns (Ágnes Tóth, Kristián Ungváry, Éva Kovács). Drei historische Überblicksdarstellungen werfen in ihrer kritischen Ausgewogenheit neues Licht auf teilweise wenig bekannte regionale Vertreibungs- und Aussiedlungsvorgänge im Baltikum (Gert von Pistohlkors), in der Tschechoslowakei (Detlef Brandes/Jiří Pešek) sowie in Slowenien, Jugoslawien und Italien (Marina Cattaruzza).

Erinnerungskultur und -politik ist freilich mehr als die Erforschung historischer Quellen, sie umfaßt auch die didaktische Aufbereitung und die Verbreitung des Geschichtswissens sowie die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die über die Gräben der Vertreibungen hinweg der Verständigung und Versöhnung dienen. Im Sinn eines solchen umfassenden gesellschaftlichen Umgangs mit Zwangsmigration und Vertreibung, wie ihn das Europäische Netzwerk anzielt, enthält der Band auch Beiträge über ein Museumsprojekt (Hermann Schäfer), über Darstellungen der Vertreibungen in deutschen und polnischen Schulbüchern (Wolfgang Höpken, Krzysztof Ruchniewicz) und über regionale Institutionen und Projekte der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Zusammenarbeit (Claudia Kraft).

Spannend zeigt das Buch an vielen Beispielen, wie wichtig die jeweilige (Vergleichs-)Perspektive des Blicks auf geschichtliche Ereignisse ist: Nur wenn dieser die Perspektive auch der anderen mit einbezieht, eröffnet er die „Wahrnehmung der Doppelrolle der eigenen Nation“ bzw. Akteursgruppe „als Täter und Opfer“ (207) und kommt damit der geschichtlichen Wahrheit und der Versöhnung in der Regel

am nächsten – gerade auf dem verminten Gelände der Zwangsmigrationen und Vertreibungen. *Michael Hainz SJ*

KAELBLE, Hartmut: *Sozialgeschichte Europas*. 1945 bis zur Gegenwart. München: Beck 2007. 437 S. Lw. 34,90.

Angesichts der Diskussionen über neue Beitritte in die EU und die europäische Verfassung ist Orientierung über Europa gefragt. Dabei besteht die Gefahr, daß die zahlreichen Zeitungsartikel, Feuilletonbeiträge und Wirtschaftsnachrichten das Bild Europas zerfließen lassen oder eher tagespolitisch bestimmte Akzente setzen und einprägen. Damit steigt das Bedürfnis nach gebündelter, natürlich aktueller, aber auch abgeklärter Information und Bewertung. Diese Anforderungen erfüllt Hartmut Kaelbles Werk, der schreibt, daß in dieses Buch jahrelange Diskussionen mit Studenten und Professoren eingegangen sind.

Kaelble, an der Humboldt-Universität Berlin als Professor für Sozialgeschichte tätig, umreißt zuerst den Raum seiner Untersuchungen: Er wählt „Europa als Ganzes, also einschließlich Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa“ (17), schließt in einer „nicht unproblematischen“ Entscheidung Rußland, den Kaukasus und die Türkei als halbeuropäische Mächte aus dieser räumlichen Definition Europas aus, bezieht sie jedoch immer vergleichend in seine Darstellungen mit ein. Nach der Wahl des Raums begründet der Autor auch den Zeitrahmen: Seit 1945 habe sich das soziale „Antlitz“ Europas vielfach geändert.

Dann geht er einem dreifachen Wandel nach: erstens den Veränderungen in den „Grundkonstellationen“ Familie, Arbeit, Konsum und Lebensstandard, Wertewandel und Säkularisierung. Zweitens untersucht er die Änderungen in den „sozialen

Hierarchien und Ungleichheiten“: Er spürt dem Wechsel bei den Eliten und sozialen Milieus, den Veränderungen in den sozialen Ungleichheiten und der Migration nach. Drittens überprüft Kaelble „Gesellschaft und Staat“: Sein Blick geht dabei auf die „Bewegungen“ in der Medienlandschaft, richtet sich auf die Sozialen Bewegungen und nimmt das Auf und Ab der Zivilgesellschaft ebenso in den Blick wie das Ringen um den Wohlfahrtsstaat, das Städtewachstum und die Bildungspolitik.

Jeden dieser drei Blöcke untergliedert Kaelble dann noch einmal in bestimmte Phasen: in die unmittelbare Nachkriegszeit, die Zeit des Wohlstands der 50er und 60er Jahre („Wirtschaftswunder“), die Zeit aufkommender wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den 70er und 80er Jahren und schließlich die Zeit nach dem Umbruch von 1989/90 bis zum Ende des Jahrhunderts. Dazu treten zahlreiche Querschnittsvergleiche zwischen den Regionen Europas („Divergenzen und Konvergenzen“) und die Frage nach der Besonderheit Europas im Vergleich mit anderen Gesellschaften. Dabei könnte der Eindruck entstehen, Kaelble schematisiere und presse in Zeitspannen hinein. Doch nichts liegt seinen Durchmusterungen ferner; er betont vielmehr, daß nicht in jedem Kapitel der Wandel in derselben Weise behandelt wird (12).

An wichtigen Wandlungen nennt er: Europa demokratisierte sich zunehmend, es wurde von einer Auswanderungs- zu einer Einwanderungsgesellschaft und leistete sich den Aufbau einer supranationalen politischen institutionellen Form. Unter der Fülle der von Kaelble mitgeteilten Erkenntnisse hat sich besonders eingepreßt, wie nach 1945 die Selbständigkeit der Frau wieder rückgängig gemacht wurde (von welchen Kräften?) und dennoch die Vorkriegsform der Familie nicht wiedererstand (32f.), daß die Scheidungsrate in der DDR